

Fragen und Antworten

Koexistenz - Prinzip oder Taktik?

Die friedliche Koexistenz hat als eine Notwendigkeit in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einen objektiven Charakter und wird daher als politisches Prinzip weiterhin angewandt und zwar solange die zwei entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen existieren. Das bedeutet, daß sie nur noch der Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse im Weltmaßstab überflüssig wird. Die gleichzeitige Existenz des Sozialismus und des Kapitalismus bedingt das Wesen der friedlichen Koexistenz, die als eine Form des Klassenkampfes vorstanden wird, wobei dieser Klassenkampf im Grunde als ökonomischer und politischer Wettstreit zwischen den beiden Systemen ausgetragen wird. In diesem Zusammenhang besteht die besondere Bedeutung der friedlichen Koexistenz darin, daß sie die einzige vernünftige Alternative zum Krieg ist.

Die friedliche Koexistenz ist ferner die Grundlage des allgemeindemokratischen Völkerrechts, das aus sieben Grundprinzipien besteht: Verbot der Gewaltandrohung und -anwendung, friedliche Streitbeilegung, Verbot der Vermischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, internationale Zusammenarbeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, souveräne Gleichheit aller Staaten und Vertragstreue. Diese Grundprinzipien, die ihrem Wesen nach Verfassungsprinzipien des internationalen Lebens sind und einen allgemeiner-menschlichen Charakter besitzen, dienen der Gewährleistung der internationalen Sicherheit und der Förderung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten.

Die sozialistischen Staaten lassen sich in ihren Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz leiten, was zur Schaffung von stabilen Verhältnissen in den internationalen Beziehungen führt. Die kapitalistischen Staaten wurden durch das zu Ungunsten des Imperialismus veränderte Kräfteverhältnis gezwungen, sich zu Krisenverhältnissen zu bekennen, was in erster Linie auf veränderter Grundlage erfolgt. Es wurde z. B. 1972 zwischen der Sowjetunion und den USA die Anwendung der friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zueinander vertraglich vereinbart. Für die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz kämpft die Sowjetunion seit ihrem Bestehen, und sie wird dabei von den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wirksam unterstützt, denn es handelt sich dabei um ein prinzipielles Anliegen sozialistischer Außenpolitik. Der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Brezhnev, stellte im Mai 1973 dieses prinzipielle Ziel der sozialistischen Staaten mit Nachdruck fest: „Wir Kommunisten kämpfen nicht sowohl für die Entspannung, damit lediglich für eine gewisse Zeit Ruhe in Europa herrscht. Unser Ideal in der internationalen Politik - und jetzt können wir noch mehr sagen - unser praktisches Ziel ist der unerschütterliche Frieden, in dem allein eine wahrhaft gleichberechtigte Zusammenarbeit der souveränen europäischen Staaten möglich ist, unabhängig von ihrer sozialen Ordnung, ihrer Größe und sonstigen Unterschieden... Das Gebäude des europäischen Friedens muß zuverlässig und stabil sein, damit nicht nur die heutige, sondern auch die kommenden Generationen die Früchte der friedlichen Entwicklung ernten können.“

Dr. Terzopoulos, Institut für internationale Studien

Die Parole „demokratischen Sozialismus“ vom

Von Doz. Dr. Ulrich Geisler, Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie/Wissenschaftlicher Kommunismus

Auf dem Parteitag der SPD, der im April dieses Jahres in Hannover tagte, wurde erneut deutlich, daß die rechtsopportunistischen sozialdemokratischen Führer in der BRD gegenwärtig besonders lautstark behaupten, ihre Politik verkörpere einen sogenannten „demokratischen Sozialismus“.

Das Wort „Sozialismus“ wird heute von rechtssozialdemokratischen Politikern und Ideologen wieder öfter gebraucht als in den vergangenen Jahren. Deutet sich hier etwa eine Annäherung rechtssozialdemokratischer Kräfte an das Grundgesetz unserer Epoche des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus an? Hege sie plötzlich Sympathien gegenüber dem realen Sozialismus? Besieht man sich die Politik und die Theorie des „demokratischen Sozialismus“ etwas näher, so muß man diese Fragen ganz entschieden verneinen. Zunächst lassen die rechtssozialdemokratischen Vertreter der Konzeption vom „demokratischen Sozialismus“ keinen Zweifel daran, daß sie fest auf dem Boden des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD stehen und gewillt sind, diese Ordnung „kompromißlos zu verteidigen“, wie es im Parteiratsschluß der SPD vom Februar 1971 heißt. Besonders hervorzuheben ist aber in diesem Zusammenhang die fast hymnische Lobpreisung des staatsmonopolistischen Staates in der BRD und der feste Wille rechtssozialdemokratischer Politiker und Ideologen, sich konsequent als staatsstragende Kraft zu betätigen. Angesichts der grundsätzlichen Identifikation dieser Vertreter des Rechtsopportunisten mit der sozialökonomischen und politischen Grundordnung der BRD, erweisen sich ihre Parolen von „Freiheit, Gleichheit und Solidarität“, die den Kern des sogenannten „demokratischen Sozialismus“ ausmachen sollen, als reine Demagogie, dazu bestimmt, Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse der BRD über die Rolle des Opportunismus und Reformismus zu erwecken und vom wahren Klassenwesen dieser Politik abzulenken. Denn wie sollte es jemals möglich sein, Freiheit und Gerechtigkeit für die Arbeiterklasse und das wertvolle Volk zu realisieren, ohne gegen die ökonomische, politische und ideologische Herrschaft des Monopolkapitals konsequent zu kämpfen? Das kapitalistische Aus-

beutensystem gebietet, wie gerade im Bericht des Genossen Erich Honecker vor dem 9. Plenum des ZK der SED für die unmittelbare Gegenwart deutlich gezeigt wurde, mit Notwendigkeit und alljährlich ökonomische und politische Unfreiheit für die Arbeiterklasse. Dieses System führt zur Erniedrigung des Menschen und zur Sinnentleerung seines Lebens. Wer diese Ordnung „kompromißlos verteidigen“ will, der steht in Wahrheit gegen die objektiven Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Das Bekenntnis der Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ zur sozial-ökonomischen und politischen Grundordnung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beweist, daß diese Konzeption mit einer wirklich sozialistischen Alternative nichts zu tun hat. Im Gegenteil! Die Konzeption vom „demokratischen Sozialismus“ bringt gerade bestimmte aktuelle Interessen des staatsmonopolistischen Kapitalismus selbst zum Ausdruck. Der Imperialismus ist einerseits gezwungen, sich dem weiterhin zugunsten des realen Sozialismus veränderten Kräfteverhältnis anzupassen. Der imperialistische Staat und die ihn tragende Monopolbourgeoisie sind zu anderen Zwängen, der Entwicklung der Produktivkräfte in der wissenschaftlich-technischen Revolution, die immer gravierender in Widerspruch zu den bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten, durch staatsmonopolistische Maßnahmen, durch Eingriffe in die sogenannte „freie“ Marktwirtschaft, aber auch durch bestimmte unumgängliche Reformen Rechnung zu tragen, letztlich darum, um möglichst günstige Bedingungen für die Kapitalverwertung zu schaffen und schärfere Klassenauseinandersetzungen vorzubeugen. Genau diesen Zielen dient die Tätigkeit der Vertreter des „demokratischen Sozialismus“. Sie erklären selbst, daß es ihnen um verbesserte Leistungsfähigkeit, um ein besseres Funktionieren der bestehenden sozial-ökonomischen und politischen Ordnung

geht. Die imperialistische Bourgeoisie glaubt im „demokratischen Sozialismus“ eine Konzeption gefunden zu haben, die ihren aktuellen Interessen gerecht wird und zudem noch den Vorteil bietet, die Festigung des Kapitalismus als „sozialistische“ Alternative auszugeben. Sie hoffen damit, in demagogischer Weise die Kritik demokratischer Kräfte am staatsmonopolistischen System auffangen zu können. Gerade in letzter Zeit legen rechtssozialdemokratische Politiker und Ideologen in der BRD besonderen Wert darauf, ihre Konzeption vom „demokratischen Sozialismus“ in scharfer Weise vom realen Sozialismus abzugrenzen und der Praxis des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus bei uns entgegenzusetzen. Insbesondere seit dem Parteiratsschluß der SPD vom Februar 1971 fehlt es nicht an Beteuerungen, daß Politik und Theorie des „demokratischen Sozialismus“ antikommunistisch seien und bleiben müßten. Das wurde gerade auf dem Hannoveraner Parteitag der SPD nochmals nachdrücklich unterstrichen. Man muß hier natürlich den Vertretern des „demokratischen Sozialismus“ recht geben. Tatsächlich! Ihre Politik und ihre Konzeption haben nichts gemein mit unserem den Interessen der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften in der Welt dienenden sozialistisch-kommunistischen Aufbau. Wenn die rechtssozialdemokratischen Politiker und Ideologen sich mit ihrer Parole vom „demokratischen Sozialismus“ an die Werktätigen der sozialistischen Länder wenden, so wollen sie ihnen suggerieren, daß gewisse Veränderungen vor allem im politischen Oberbau der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft notwendig seien. Die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“ wollen den politischen Oberbau der sozialistisch-demokratischen Gesellschaft im Sinne der bürgerlichen Demokratie und ihrer Struktur reformieren. Aber die bürgerliche Demokratie ist für die sozialistischen Länder historisch

längst überholt, weil hier die sozialistische Demokratie verwirklicht ist, erstmalig in der Geschichte, eine echte, konsequente Demokratie für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen. Die Lösung vom „demokratischen Sozialismus“ trägt konterrevolutionären Charakter, weil sie sich gegen jene grundlegenden Errungenschaften der sozialistischen Revolution wendet, die gerade auch die sozialistische Demokratie bedingen. So fordern die Vertreter des „demokratischen Sozialismus“, von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei abzugehen, den sozialistischen Staat als Machtinstrument in den Händen der Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Klassen und Schichten aufzugeben, das Prinzip des demokratischen Zentralismus zu beseitigen u. a. m. Das konterrevolutionäre Wesen dieser Konzeption wurde praktisch besonders 1968 in der CSSR deutlich. Unter der Parole des „demokratischen Sozialismus“ begannen Ideologen wie Sik, Svtak, Goldstücker wichtige Errungenschaften des Sozialismus zu liquidieren. Durch das einheitliche und geschlossene Vorgehen der sozialistischen Staatengemeinschaft wurde damals der Politik des „demokratischen Sozialismus“ gewissermaßen schon an ihrer Wiege eine empfindliche Niederlage bereitet. Man kann abschließend feststellen, daß Politik und Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ grundsätzlich aus der erzwungenen Anpassung der Bourgeoisie an das zugunsten des Sozialismus weiterhin veränderte Kräfteverhältnis resultieren. Mit Hilfe dieser Konzeption wollen die Rechtsopportunisten eine scheinbare Alternative zum Kapitalismus und zum realen Sozialismus vorspiegeln, reformistische Illusionen in der Arbeiterklasse nähren und vor allem im Sinne der gegenwärtigen imperialistischen Globalstrategie aufweichend auf die sozialistischen Länder einwirken. Allerdings sind diese Zielstellungen auf Sand gebaut, denn gerade unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz wird der realen Sozialismus weiter erstarben, während der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die tiefe Krise, in der er sich auf allen Ebenen befindet, zu überwinden.



Gegen das von der Brandt-Scheel-Regierung erlassene Berufsverbot, das Kommunisten und anderen demokratischen Kräften den öffentlichen Dienst tätigt zu sein, wendet sich die fortschrittliche Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Hier sind es Lehrer aus Offenbach/Main.

Kaleidoskop

Experimente in den Tropen

Moskau (ADN). Zehn Forschungsschiffe der Sowjetunion werden sich an Experimenten in den Tropen beteiligen, die entsprechend dem internationalen Programm zur Untersuchung globaler Prozesse in der Atmosphäre (Garp) durchgeführt werden. Das Programm steht unter der Schirmherrschaft der Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Die Experimente, an denen die UdSSR, die USA, Großbritannien und andere Länder teilnehmen, umfassen den ganzen tropischen Bereich des Atlantik sowie Gebiete Äquatorialafrikas und Südafrikas. Die Hauptaufgabe der sowjetischen Forscher besteht darin, die Wechselwirkung von Ozean und Atmosphäre zu untersuchen. Die Vorbereitungen dazu sind im Institut für Ozeanographie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in vollem Gange.

Kampf gegen den Lärm

Wroclaw (ADN). Eine Woche des Kampfes gegen den Lärm ist in der großen polnischen Industriestadt Wroclaw beendet worden. Lärmschutz-Experten hielten in Betrieben, Institutionen und Schulen Vorträge über Maßnahmen und Möglichkeiten zur Reduzierung der Lärmbelastungen und damit zum Schutze der Gesundheit der Einwohner. Betriebe verstärken die Lärmreduzierung bei lauten Maschinen und Aggregaten. Für die Einwohner war ein spezieller Telefon-Anschluß eingerichtet worden, bei dem die größten Lärmverursacher gemeldet werden konnten. Jetzt soll ein umfassender Katalog aller Objekte angelegt werden, die großen Lärm verursachen. Er wird den städtischen Behörden Grundlage für systematische Lärmbekämpfung sein.

Aggregat zum Bauen von Großbehältern

Donezk (ADN). Ein selbstfahrendes Mehrzweckaggregat, mit dem runde bzw. rechteckige Großbehälter aus Eisenbeton in einem Arbeitsgang errichtet werden können, haben Ingenieure des wissenschaftlichen Forschungsinstitutes für Industriebauten in Donezk (Ukrainische SSR) konstruiert. Bei voller Mechanisierung aller Arbeitsgänge ermöglicht das neue Baugerät in Verbindung mit einer horizontalen gleitenden Verschalung ein kontinuierliches Betonieren. Es wird nur von einem Arbeiter bedient und vermag pro Stunde eine Wand von 1,2 bis 1,5 Metern Höhe und zwölf Metern Länge hochzuziehen. Das Betonmischgelangt über den Aufnahmebunker in die Verschalung, wo es durch Rüttler, die an den Verschalungsplatten angebracht sind, verfestigt wird. Zum stufenweisen Betonieren lassen sich diese Platten durch besondere Vorrichtungen vertikal bewegen. Die neue Ausrüstung und die moderne Technologie beschleunigen den Bauvorgang um das Anderthalbfache. Außerdem wird das Holz für die sonst übliche Rüstung eingespart.

Rezensiert: Volksrepublik Polen - Bundesrepublik Deutschland Probleme der Normalisierung gegenseitiger Beziehungen

Herausgeber: Janusz Rachocki, Poznan 1972, Instytut Zachodni, 287 Seiten.

Die Wende vom „kalten Krieg“ zur Entspannung, wie sie sich dank der Bemühungen der sozialistischen Staatengemeinschaft in den letzten Jahren vollzogen hat, eröffnet neue Möglichkeiten, um Europa zu einem Kontinent des Friedens werden zu lassen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war auch der Abschluß des Vertrages zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970.

Eben ihm, seiner Interpretation und Problemen der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten ist der vorliegende Sammelband gewidmet, der vom Institut Zachodni in Poznan, einer mit dem Institut für internationale Studien der Karl-Marx-Universität seit langem vertraglich und freundschaftlich eng verbundenen wissenschaftlichen Einrichtung, herausge-

geben wurde. Elf Wissenschaftler dieses Institutes und anderer Institutionen Polens untersuchen einzelne Aspekte dieses Vertragswerkes. Überwiegend wird herausgestellt, daß mit diesem Vertrag die Beziehungen des sozialistischen Polen und der imperialistischen BRD normalisiert werden, weil die Grenze an Oder und Neisse und damit eine entscheidende Festlegung des Potsdamer Abkommens nun auch durch die BRD endgültig bestätigt worden ist. Damit wurde der Weg frei für normale, gegenseitig nützliche und vorteilhafte Beziehungen, für Beziehungen der friedlichen Koexistenz. Der Analyse des Vertragstextes und seiner Auslegung aus völkerrechtlicher Sicht sind die Aufsätze von R. Frelek, A. Klafkowski, K. Skubiszewski, J. Sulek und J. Kokot gewidmet. R. Frelek hebt hervor, daß entgegen andersgerichtetem Bonner Interpretationen - die sogenannten humanitären Fragen sele-

ktiv behandelt werden. E. Skubiszewski analysiert die rechtliche Seite des Vertrags. J. Sulek betont die konstitutiven Charakter des Potsdamer Abkommens für den Status quo in Europa. Der leider zu früh verstorbene J. Rachocki, der auch die Gesamtradaktion des Bandes hatte und in einem instruktiven Vorwort den Vertrag in die internationale Situation einordnete, untersucht in einem speziellen Artikel die Polarität der politischen Kräfte in der BRD. Ihm schließt sich ein fundierter Aufsatz von J. Sulek über die innenpolitische Situation der BRD und die Haltung der verchiedenen Parteien zu Polen an. L. Janicki behandelt Probleme des Staatsgebietes und der Staatsangehörigkeit und macht auf den reaktionären Charakter verschiedener rechtlicher Bestimmungen der innerstaatlichen Gesetzge-

bung der BRD aufmerksam. B. Sujka analysiert einige rechtliche Aspekte der Propaganda durch Massenmedien am Beispiel der Tätigkeit des in München stationierten amerikanischen Senders „Radio Free Europe“, dessen Tätigkeit zu Recht als Einmischung in innere Angelegenheiten sozialistischer Staaten charakterisiert wird, und stellt die Frage nach der Verantwortung der jetzigen Bundesregierung. Den Komplex der Zusammenarbeit behandelt Z. Nowak, der sich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und der BRD genauer annimmt und deren große Perspektiven zeigt. Schließlich veranschaulichen Z. Kulak und J. Konieczny an Hand von Untersuchungen über das Polenbild in westdeutschen Schulbüchern, wie sehr es - trotz aller Bemühungen demokratischer Kräfte - in den Schulen der BRD antipolnische Klischees, riesige Informationslücken und chauvinistische Propaganda gibt und wie gerade hier

eine Revision notort. Ein Dokumententeil mit in der DDR nicht immer leicht zugänglichen Materialien zum Verhältnis VPR-BRD, zusammengestellt von J. Muzynski, rundet den Band ab. Insgesamt stellt dieses Werk einen ersten Versuch dar, die Vielfalt der Probleme zu erfassen und genauer zu erforschen, die sich aus der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ergeben. Es verdeutlicht an einem Beispiel die positiven Veränderungen, die sich in Europa vollzogen haben, läßt aber zugleich erkennen, wie die Klassenausbeutung auch nach dem Vertragsabschluß (nun auf anderer Ebene und mit anderen Mitteln) fortgesetzt wird. Schade nur, daß die deutsche Fassung sprachlich unsauber ist und damit gelegentlich zu Mißverständnissen Anlaß gibt.

Doz. Dr. E. Hexelschneider